

Liebe Schwestern und Brüder,

es war im ersten Moment überraschend: im Eingangsbereich einer lutherischen Kirche in einer kleinen Stadt in Südwestbrasilien Plakate mit Veranstaltungshinweisen zu sehen, auf denen das vertraute Logo der Reformationsdekade hervorstach. Aber natürlich: so weltumspannend sind die Auswirkungen der Reformation! Und das Reformationsjubiläum ist für alle evangelisch-lutherischen Gemeinden in allen Teilen der Welt das zentrale Ereignis des nächsten Jahres.

1. Reformation und Ökumene

Geradezu frohmachend ist es, dass es ganz offenbar gelingt, das Reformationsjubiläum als ein ökumenisches Jesusfest zu feiern. Beredte Beispiele dafür aus den letzten Wochen sind die ökumenische Pilgerreise nach Rom, die Feierlichkeiten am Reformationstag im schwedischen Lund oder der Festakt der Thüringer Landesregierung zum Beginn des Reformationsjahres in Eisenach. Mit großer Selbstverständlichkeit werden brückenbauende ökumenische Signale ausgetauscht. Die würdigende und zugleich auch kritische Betrachtung des Reformationsgeschehens und insbesondere des Wirkens Martin Luthers, die die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland in ihren Festlichkeiten und Veranstaltungen umsetzt, lädt sowohl die Vertreter der Katholischen Kirchen und nicht zuletzt auch die Jüdischen Landesgemeinden zum Mitwirken und Mitdiskutieren ein. Von diesen positiven Impulsen konnte man am Anfang der Reformationsdekade keineswegs selbstverständlich ausgehen. Wenn sich jetzt katholische Bischöfe auf die Kirchentage auf dem Weg freuen und das Reformationsjubiläum zu einem ökumenischen Brückenbau wird, kann uns das nur mit großer Freude und Dankbarkeit erfüllen.

1.1. 58. Aktion Brot für die Welt

Um Ökumene weltweit geht es auch bei einem Höhepunkt, der indirekt anfangs schon angekungen ist und für uns in der Diakonie Mitteldeutschland hinsichtlich der Vorbereitung in der heißen Phase ist. Am ersten Advent wird die zentrale Eröffnung der 58. Aktion Brot für die Welt in der Eisenacher Georgenkirche stattfinden – und zwar in einem ARD-Fernsehgottesdienst mit unserer Landesbischöfin als Predigerin und der Präsidentin von Brot für die Welt als Eröffnende. Für jede Aktion gibt es in jedem Jahr ein anderes Partnerland mit spezifischen Fragestellungen. Das Partnerland für die diesjährige Aktion ist Brasilien. Aus diesem Grund war Ende Oktober eine kleine Delegation aus Vertretern der EKM, der Diakonie Mitteldeutschland und Brot für die Welt in Brasilien, um eine wichtige Partnerorganisation und deren Projekte kennenzulernen, nicht zuletzt auch deshalb, um darüber zu berichten und für diese Projekte zu werben.

1.2. Partnerland Brasilien

Unsere Delegation, zu der ich auch gehört habe, war Ende September/Anfang Oktober in einer für Brasilien sehr angespannten politischen Situation vor Ort. Eben war die bisherige Präsidentin Dilma Rousseff ihres Amtes enthoben worden und wir erlebten die landesweit stattfindenden Kommunalwahlen mit. Sie führten zu einer erdrutschartigen Niederlage der regierenden Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*). Das verstärkte gerade bei den Nichtregierungsorganisationen (NGO's), zu der auch die von uns besuchte Organisation CAPA gehörte (*Centro de Apoio ao Pequeno Agricultor = Unterstützungszentrum für den Kleinbauern*), begründete Ängste, dass damit die Situation der bäuerlichen Landwirtschaft noch schwieriger wird, als sie es ohnehin schon ist. Die PT-Regierung war mit Präsident Lula da Silva 2003 vor allem deshalb gewählt worden, weil sie Programme zur Ansiedlung von Familien auf landwirtschaftlich nicht genutzter Fläche – als Reaktion auf die bekannte Landlosenbewegung MST (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra = Bewegung der Landarbeiter ohne Boden*), wo ungenutztes Land besetzt und bewirtschaftet wurde, in großem Umfang versprochen hatte. Dieses Vorhaben wurde in den vergangenen Jahren immer weniger umgesetzt und die Enttäuschung darüber, dass sich die PT-Regierung immer mehr mit der Agrarindustrie arrangiert hat, war deutlich spürbar. Die Agrarindustrie in Brasilien ist geprägt von transnationalen Konzernen, riesigen Anbauflächen mit bis zu drei Ernten pro Jahr und einem gewaltigen Profit aus Agrarchemie und genmanipuliertem Saatgut, das teuer verkauft wird.

Aber aus der Sicht der NGO's gab es immerhin einige Schritte in die richtige Richtung. Unter der PT-Regierung wurde ein Ministerium für kleine Landwirtschaft eingerichtet. Es gibt seit 2009 ein Gesetz, wonach 30 Prozent der Lebensmittel für die öffentliche Schulspeisung aus regionaler kleinbäuerlicher Landwirtschaft stammen müssen. Das ist für die meisten der kleinbäuerlichen Betriebe der wichtigste Absatzmarkt. Nach der Ablösung von Dilma Rousseff ist als eine der ersten Entscheidungen der neuen Regierung das Ministerium für kleine Landwirtschaft aufgelöst worden. Auch das Schulspeisungsprogramm steht zur Disposition und damit auch die Existenzgrundlage vieler kleinbäuerlicher Betriebe.

Im Gegensatz dazu wurden auch unter Lula und Rousseff den großen Agrarbetrieben alle Möglichkeiten zur Expansion eröffnet. Die in Monokultur genutzten Flächen für Zuckerrohr (derzeit 10 Millionen Hektar) und Soja (derzeit 26 Millionen Hektar) haben sich in den vergangenen zehn Jahren jeweils verdoppelt. Nachdem mit dem Regierungsantritt von Lula da Silva die Konflikte auf dem Land (Landbesetzungen) zurückgegangen waren, haben mit dieser Expansion der Anbauflächen die Vertreibungen von Kleinbauern und die damit einhergehenden Konflikte wieder zugenommen.

Durch die Ausweitung der industrialisierten Landwirtschaft hat Brasilien zudem inzwischen den zweifelhaften Rang als weltgrößter Konsument von Agrarchemikalien eingenommen, was sich in einer dramatischen Zunahme von Vergiftungen und Umweltbelastungen zeigt.

1.3. Ökologische Landwirtschaft als politische Alternative

Die jetzige brasilianische Regierung verstärkt den Kurs der Förderung der Agrarindustrie und verzichtet auf Zugeständnisse an kleinbäuerliche Erzeuger. Aber zugleich ist erkennbar, dass die davon betroffenen Menschen sich mit den katastrophalen Auswirkungen dieser Agrarpolitik nicht abfinden wollen, um ihrer selbst und um ihrer Kinder willen. Denn der ländliche Raum hat dazu noch Probleme, die auch wir kennen: Überalterung der Bevölkerung, Landflucht der Jugend in die Städte, wenig Arbeitsplätze und schwache Infrastruktur.

Allerdings finden sich viele junge Leute in den Städten nicht in Ausbildungs- und Arbeitsplätzen wieder, sondern stranden arbeitslos in den Favelas der Metropolen. Deshalb sind viele Kleinbauern gewillt und entschlossen, ihren Kindern in ihrem jetzigen Umfeld eine Zukunftsperspektive zu bieten. Dass widerständige Bewegungen gerade im ländlichen Raum ihren Anfang nehmen, hat in Brasilien schon Tradition. Der ländliche Raum war schon immer der Austragungsort von gesellschaftlichen Konflikten und ein Versuchslabor für gesellschaftliche Utopien. Die Landlosenbewegung zum Beispiel hat genau in dem Bundesstaat Parana ihren Ursprung, in dem unser Besuch stattfand.

Überrascht waren wir, dass dabei die Evangelisch-Lutherische Kirche in Brasilien mit ihren bis heute erkennbaren deutschen Wurzeln eine wichtige Rolle spielt. Sie stellt sich sichtbar an die Seite der Aktivisten, für die jetzt nicht mehr der Schwerpunkt in der Besetzung von ungenutzter landwirtschaftlicher Fläche besteht, sondern das Befördern von Themen in das öffentliche Bewusstsein und das Unterstützen von Aktionen, die eine Alternative zu Monokultur, Genmanipulation, Pestizide-Einsatz und Vertreibung der Landbevölkerung sind. Das Eintreten für ökologische Landwirtschaft, das Werben für gesunde Ernährung und das Sammeln und Sichern von Saatgut und verschiedenen Honigsorten sind nicht nur persönliche Entscheidungen, sondern bedeuten in diesem Kontext das Streiten für eine gesellschaftliche Alternative zur ungebremsten Ertragsteigerung transnationaler Konzerne mit den bekannten negativen Folgen für jetzige und zukünftige Generationen.

1.4. Die Partnerorganisation CAPA

Wichtig ist dabei, dass es Unterstützer für die Interessen der betroffenen Kleinbauern gibt. Eine der wichtigsten Organisationen, die zugleich Partnerorganisation von Brot für die Welt ist, ist das bereits oben genannte Zentrum CAPA. Diese Organisation wurde 1978 gegründet – und zwar innerhalb der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Brasilien. Trägerin von CAPA ist gewissermaßen als Dachverband die Lutherische Stiftung für Diakonie (FLD). CAPA arbeitet über mehrere Bundesstaaten hinweg in fünf Regionalteams. Mitarbeiter dieser verschiedenen Regionalteams haben jeweils Sitze in den entsprechenden Synoden. In den Aufsichtsräten der Teams sitzen im Gegenzug Vertreter der Vorstände der entsprechenden Synoden.

CAPA arbeitet für die kleinbäuerlichen Betriebe in einer Beratungs- und Begleitungsfunktion. Die Mitarbeitenden von CAPA klären über die Folgen des Einsatzes von Pestiziden auf, sie werben für ökologische Landwirtschaft und gesunde Ernährung, sie bringen verschiedene Erzeuger in Kooperationen zusammen. Sie unterstützen Betriebe beim Aufbau von Vertriebsstrukturen, sie begleiten Betriebe beim Übergang von traditioneller zu ökologischer Landwirtschaft, sie ermöglichen Qualifizierungen und bieten selbst Seminare für Kleinbauern an, die dann auch in einen Erfahrungsaustausch untereinander kommen. Genauso beraten sie in Fragen der Senkung der Anbaukosten. Nicht zuletzt sind sie politische Lobbyisten, nicht selten die einzigen, die sich für die Interessen der Kleinbauern einsetzen.

Wir haben uns in der Region mit verschiedenen Projekten befasst. Es gab Begegnungen und Austausch auf einer Fazenda einer Gruppe von Landarbeitern ohne Boden und deren Familien, die von ihrem Anbau vor allem ihre eigene Ernährung sichern. Wir waren in mehreren kleineren Familienbetrieben, die auf ökologische Erzeugung umgestellt haben und dabei sind, verlässliche Vertriebswege aufzubauen. Wir haben erlebt, wie sich junge Leute mit viel Engagement auf die ökologische Landwirtschaft einlassen und ihre Zukunft auf dem Land sehen. Wir haben smarte Jungunternehmer kennengelernt, die einen Lieferservice für ökolo-

gische Produkte über Internet-Bestellung für mindestens zwei größere Städte gerade an den Start bringen. Wir haben eine Kooperative besucht, die 80 Prozent ihrer Produkte für das besagte Schulspeisungsprogramm verkauft. Aber wir haben uns auch mit Vertretern von weiteren NGO's und Kirchen über die aktuelle politische und soziale Lage ausgetauscht.

1.5. Brot für die Welt und unsere Verantwortung

Wir haben mit dieser ökumenischen Begegnungsreise einmal mehr gesehen und verstanden, dass es nicht mehr nur um ausreichende und gesunde Ernährung für den „fernen Nächsten“ geht und um ein geschwisterliches Eintreten für Gerechtigkeit in einem Land des Südens. Transnationale Konzerne und die brasilianische Regierung stellen auf der Südhalbkugel die Weichen für eine globale Agrarentwicklung und für die Welternährung. Es sind auch deutsche Chemiekonzerne, die in Brasilien Erträge optimieren, damit der Preiskampf in deutschen Supermärkten dynamisch bleibt.

Ökologische Landwirtschaft hat in Deutschland kaum Chancen auf bessere Bedingungen, wenn unsere nationalen Standards durch eine globalisierte Landwirtschaft, in der zum Beispiel Genmanipulationen kaum beschränkt sind, nachhaltig ausgehebelt werden. Und in der anderen Richtung beeinflusst unser Konsumtionsverhalten selbstredend die Entwicklungschancen in einem Land wie Brasilien.

Brot für die Welt findet sich hier nicht nur in der Rolle einer Spendenorganisation, eines Hilfswerks, sondern bezieht aus der Arbeit und den Kontakten vor Ort den Auftrag zur politischen Arbeit, zur Bildungsarbeit, als Impulsgeber für gesellschaftliche und für wissenschaftliche Debatten.

Wir sind mit der Überzeugung zurückgekehrt, dass die Aktivitäten von CAPA in Brasilien für die beschriebenen Zielgruppen von existentieller Bedeutung sind. Wir sind froh, dass wir eine Vertreterin von CAPA, Rita Surita, die wir auch in Brasilien betroffen haben, im Eröffnungsgottesdienst der Aktion Brot für die Welt am Ersten Advent in Eisenach zu Gast haben werden. Ich wünsche mir sehr, dass die diesjährige 58. Aktion Brot für die Welt ein großer Erfolg wird und sich viele Spenderinnen und Spender finden, um das von mir geschilderte Anliegen zu unterstützen. Ich möchte Sie, verehrte Synodale bitten, in ihren Regionen und Arbeitsfeldern besonders dafür zu werben.

2. Armut

In den vergangenen zehn Jahren ist das Thema „Armut“ – insbesondere Kinderarmut und Altersarmut – als gesellschaftliche Herausforderung auch in Deutschland immer mehr in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Anfangs war das auch eine Diskussion darüber, was überhaupt unter Armut zu verstehen ist. Als ich im Jahr 2006 in damals noch beiden Synoden zum ersten Mal ausführlicher über Armut in unserem reichen Land gesprochen habe, hat das jeweils zu geradezu empörten Reaktionen der in den Synoden vertretenen politischen Mandatsträger geführt. Wie könne man denn angesichts wirklicher Armut in Afrika von Armut bei uns reden!

Die Diskussionen haben immerhin dazu geführt, dass es inzwischen einen weitgehenden Konsens darüber gibt, dass Armut bestimmt werden muss immer in der Relation zu einem

bestimmten regional „Normalen“. Inzwischen gibt es regelmäßige Armutsberichte der Länder und des Bundes, die bekunden: Ja, es gibt Armut in unserem reichen Land!

Diese bezieht sich natürlich zuerst auf Geld. Und dann ist inzwischen auch allen klar: Aus Geldmangel ergeben sich eine Reihe von Folgen. Armut hat soziale Folgen. Menschen ziehen sich aus sozialen Beziehungen zurück und begeben sich in die Isolation. Arme Menschen haben eine schlechtere Gesundheit. Kinder, die aus armen Familien kommen, haben schlechtere Bildungschancen als Kinder, die aus wohlhabenden Familien kommen. Armut ist, um es kurz zu sagen, ein „komplexes Verliererschicksal“. So sagte es bereits 1997 das bemerkenswerte Sozialwort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Und daran hat sich bis heute nichts geändert.

Auch die Hauptursache für Armut ist bekannt: Arbeitslosigkeit und mit Blick auf Altersarmut – prekäre Beschäftigungsverhältnisse! Insbesondere sind hier die langzeitarbeitslosen Menschen und die alleinerziehenden Mütter mit zwei oder mehreren Kindern betroffen.

2.1. Aktivitäten zur Armutsbekämpfung

Nun kann man nicht sagen, dass vor allem das Thema „Kinderarmut“ die Politiker und die gesellschaftlich relevanten Gruppen kalt und tatenlos gelassen hätte. 2008 gab es in Thüringen geradezu eine konzertierte Aktion der Landesregierung gemeinsam mit Parteien und Verbänden, die in einen sehr intensiven Diskurs ein von allen erarbeitetes und unterzeichnetes „Gemeinsames soziales Wort zu Kinderarmut in Thüringen“ verfasst haben, dessen erstes Kapitel überschrieben ist mit dem Satz: „Kinderarmut ist ein Skandal!“

In der Folge dieses Sozialwortes entstand in einer Gruppe von Politikern und Vertretern von Sozialverbänden die Idee einer „Kinderkarte“, die es Kindern aus finanziell schwachen Verhältnissen ermöglichen sollte, kostenlos Eintritt in Schwimmbäder und Sporteinrichtungen oder zu kulturellen Veranstaltungen zu bekommen. Das Projekt scheiterte an steuerrechtlichen und bürokratischen Hürden.

Auf der Bundesebene wurde das Bildungs- und Teilhabepaket auf den Weg gebracht. Ich erkundige mich gelegentlich in Beratungsstellen, wie dies genutzt wird, und höre selten von Inanspruchnahmen. Ich bin nicht der Meinung, dass die Menschen zu antriebslos oder zu bequem sind, einen Antrag auf die Leistung zu stellen. Ich denke, dass der Denk-Ansatz nicht stimmt, über einen finanziellen Anreiz (und noch dazu sehr schmalen) eine Leidenschaft zu Musik oder Sport zu wecken. Das braucht vielmehr unterstützende Systeme in Familie, Schule und Freizeit.

2.2. Armut als Konstante

Mittlerweile werden regelmäßig Statistiken veröffentlicht über Armutsquoten. Es zeigt sich vor allem, dass sich die Quoten eingepegelt haben. Dabei gibt es strukturschwache ländliche Regionen, in denen die allgemeine Armutsquote durchschnittlich etwas höher ist als in anderen Regionen. Zudem konzentriert sich die Kinderarmut vor allem auf die größeren Städte (in Halle oder Erfurt ca. 30 Prozent der unter 15jährigen).

Das Statistische Bundesamt hat Anfang Oktober verkündet: Im vergangenen Jahr war in Deutschland jeder Fünfte von Armut bedroht. Das waren 16,1 Millionen Menschen. Aber vor allem: Der Anteil von 20 Prozent der von Armut bedrohten Menschen an der deutschen Bevölkerung ist seit 2008 nahezu unverändert.

Eine Person gilt als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn mindestens eine der drei folgenden Lebenssituationen zutrifft: Ihr Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze, im Haushalt gibt es erhebliche materielle Entbehrungen oder sie lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung.

Für 4,4 Prozent der Bevölkerung galt 2015: Diese Menschen leben mit erheblichen materiellen Entbehrungen durch Geldnot. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel waren sie nicht in der Lage, ihre Mieten zu bezahlen, ihre Wohnungen angemessen zu heizen oder gar eine Woche in den Urlaub zu fahren.

Das ernüchternde Fazit lautet: alle Diskussionen und die danach eingeleiteten Maßnahmen haben an der Situation grundsätzlich nichts verändert. Arbeitsmarktpolitische Entscheidungen zur Minderung der Arbeitslosigkeit waren zuletzt vor allem auf die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt konzentriert.

2.3. Dauerhaft öffentlich geförderte Beschäftigung

Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) und befristete Beschäftigungsmaßnahmen sind immer mehr in den Hintergrund getreten. Aber es wird immer Menschen geben, die sich mit ihren Möglichkeiten nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt behaupten können. Und sicherlich ist eine Berufslaufbahn in einer jahrelangen Abfolge von Fördermaßnahmen auch ein Risiko für Altersarmut. Deshalb fordert die Diakonie auch schon lange einen dauerhaft geförderten öffentlichen zweiten Arbeitsmarkt. Denn jede und jeder hat das Recht auf eine sinnstiftende Betätigung, die Selbstwert- und Zugehörigkeitsgefühl vermittelt.

Mit dem Hinweis darauf, dass es Menschen gibt, die sich in ihrer Arbeitslosigkeit eingerichtet haben und gar nicht arbeiten wollen, darf nicht die Diskussion über dauerhaft geförderte öffentliche Beschäftigung verdrängt werden. Im Koalitionsvertrag der jetzigen Landesregierung in Sachsen-Anhalt findet sich unter der Überschrift „Arbeit und Soziales“ auch der Schwerpunkt „Bekämpfung von Armut“. In einer Sonderkabinettsitzung der Landesregierung mit Vertretern der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege – ein in dieser Form erstmaliges Treffen – in der vergangenen Woche gab es über diesen Punkt eine intensive Diskussion. Das von der Sozialministerin Petra Grimm-Benne dabei vorgetragene Projekt der Einrichtung eines Sozialen Arbeitsmarktes, in dem Menschen mit Unterstützung von Coaches an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen, geht in die richtige Richtung.

Solche Vorhaben sind wichtig, weil die statistischen Zahlen genauso wie die öffentliche Debatte den Schluss zulassen, dass sich die Gesellschaft an das Vorhandensein von verfestigter Armut als Teil der Gesellschaft gewöhnt. „Armut in einem reichen Land ist ein Skandal!“, das habe ich länger nicht gehört und gelegentlich bekomme ich auch gesagt: „Das kann ich nicht mehr hören“ oder „Das kann man heute doch so nicht mehr sagen!“

2.4. Armut passt nicht zu einem reichen Land

Wir merken in der sozialen Arbeit vor Ort, in den verschiedensten Beratungsstellen, was Armut für Menschen bedeutet. Unsere Beratungsstellen sind für brisante soziale Entwicklungen schon immer so etwas wie Seismographen für Entwicklungen, die erst viel später in die öffentliche Wahrnehmung gelangen. Wir merken auch an unserer Aktion „Kindern Urlaub schenken“, an der Tafelarbeit oder bei Hilfsaktionen, dass das Thema Arbeit relevant ist und dass Menschen darunter leiden, arm zu sein. Wir sind als Diakonie aufgerufen, dabei zu hel-

fen, die Auswirkungen von Armut zu lindern oder abzufangen. Aber das reicht nicht. Wir müssen auch von der Politik und der Gesellschaft fordern, sich nicht an Armut zu gewöhnen und sie als normal zu sehen.

Und wenn alle bisherigen Gesetzesregelungen und Steuerungsversuche bisher nicht wirklich grundsätzlich Armut bekämpfen konnten, dann muss eben neu und kreativer gedacht werden. Das muss die Aufgabe von Politik sein und wir wollen und müssen hier Partner und Unterstützer sein. Anwälte für die Menschen in prekären Lebenslagen sind wir sowieso - auch und nicht zuletzt in dem Bewusstsein, dass ungelöste soziale Probleme immer auch Auswirkungen darauf haben, was die Menschen einer Demokratie zutrauen und wie sie erfolgreiche politische und soziale Arbeit erleben.

3. Diakonie und Markt

3.1. Thesenpapier des Vorstandes

Über zwei Jahre wurde in den Gremien der Diakonie Mitteldeutschland unser Thesenpapier mit dem Titel „Spannungsfeld Diakonie, Markt, Wettbewerb“ diskutiert. Dieses Thesenpapier wurde auf Anregung des Diakonischen Rates vor dem Hintergrund erarbeitet, dass bei konkreten, auf diakonische Einrichtungen bezogenen Beschlussvorlagen immer wieder sehr grundsätzliche Fragen diakonischer Arbeit aufgeworfen wurden. Es ging bei dem Thesenpapier um das Bemühen, die sehr komplexe Situation, in der heute die soziale Arbeit der Evangelischen Kirche stattfindet, ein Stück weit gedanklich zu ordnen und innerhalb von Kirche und Diakonie selbst vielleicht so etwas wie eine gemeinsame Sicht auf dieses „Spannungsfeld“ zu erreichen. Dabei hat sich gezeigt, dass die Thesen sehr gut geeignet waren, miteinander – ob unter Einrichtungsträgern, diakonischen und kirchlichen Gremien, Fachverbänden – zu brisanten Fragen ins Gespräch zu kommen.

Eines wurde sehr schnell deutlich und das haben auch verschiedene Fachtage und Symposien gezeigt: Die einzelnen Thesen – zum Beispiel zur Arbeitsrechtssetzung – wurden selbst von Akteuren, die demselben Arbeitsbereich oder derselben Institution zuzuordnen waren, häufig konträr diskutiert. Das hieß aber vor allem: Genau diese Diskussion musste dringend vertiefend geführt werden! Und das wurde sie auch.

3.2. Positionspapier der Mitglieder

Zuletzt wurde auf der Diakonischen Konferenz am 9. Juni 2016 die Einsetzung einer Arbeitsgruppe aus dem Kreis der Mitglieder beschlossen, die den Diskussionsprozess der Mitglieder der Diakonie Mitteldeutschland zu diesem Thema in einem Papier zusammenfasst und damit eine Positionierung der Mitgliedseinrichtungen(!) und nicht mehr des Vorstandes erarbeitet. Der Arbeitsgruppe gehörten neben drei Mitgliedern der Diakonischen Konferenz ein Vertreter aus dem Diakonischen Rat und der Vorsitzende der Mitgliederversammlung an. Der entstandene Entwurf wurde in einem online-Votingverfahren den Vertretern der Mitgliedseinrichtungen zur Abstimmung gegeben. Nach Eingang der Rückmeldung erfolgte dann die abschließende Redaktion.

Auf der Mitgliederversammlung am 27. Oktober wurde dann das Positionspapier zur Abstimmung vorgelegt. Nachdem in der Diskussion vorwiegend kritische Rückmeldungen ka-

men und sich erstaunlicherweise kein Befürworter entsprechender Positionen zu Wort gemeldet hatte, wurde das Positionspapier dann doch mit ca. 70 Prozent Zustimmung angenommen. Dieser Meinungsbildungsprozess war ein wichtiger Punkt auf dem Weg zu einer Überarbeitung der Satzung, in der das Thema „Bedeutung des kirchlichen Arbeitsrechtes“ zu definieren ist. Die Mitgliederversammlung, auf der die überarbeitete Satzung beschlossen werden soll, ist für 29. März nächsten Jahres geplant.

3.3. Wortlaut der Positionierung

Die auf der Mitgliederversammlung beschlossene Positionierung der Mitgliedseinrichtungen gebe ich Ihnen hier zur Kenntnis:

*Mitgliedseinrichtungen der Diakonie Mitteldeutschland
auf dem Markt der sozialen Dienstleistungen – eine Positionierung*

1. Als Diakonie erfüllen die Mitgliedseinrichtungen den Auftrag, in Wahrnehmung der durch Jesus Christus erwiesenen Liebe und der von ihm gebotenen Verantwortung, Schwachen, Kranken und Hilfebedürftigen zur Seite zu stehen. Als eine solche Auftragsgemeinschaft laden wir alle Menschen ein, die diesem Auftrag verbunden sind, gemeinsam mit uns Verantwortung für unsere Gesellschaft zu übernehmen. In dieser Verantwortungsgemeinschaft nimmt jeder an seiner Stelle seinen Dienst wahr, um den gemeinsamen Auftrag zu erfüllen. Verbunden in den vielen verschiedenen Diensten auf allen hierarchischen Ebenen in dem Bewusstsein, dass jeder an seiner Stelle einen unverzichtbaren Dienst leistet, bildet sich durch regelmäßige Rückbesinnung auf den Auftrag eine Dienstgemeinschaft, die ein Stück veränderte und gesegnete Welt mitgestaltet.

Die Dienstgemeinschaft ist ein wesentliches Merkmal diakonischer Arbeit.

2. Der Gesetzgeber hat die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen sozialer Arbeit immer stärker ökonomisiert und Wettbewerbsbedingungen eingeführt. Dieser „Markt für soziale Dienstleistungen“ wird durch uns als Mitgliedseinrichtungen nicht in Frage gestellt. Dennoch braucht es gesetzliche Regulierungen dieses Wettbewerbs zum Wohle der Hilfesuchenden und Grundsätze des Umgangs der diakonischen Träger untereinander.

Die Mitgliedseinrichtungen der Diakonie Mitteldeutschland sind auf dem Sozialmarkt unterwegs und müssen daher wirtschaftlich handeln.

3. Um auf dem Markt sozialer Dienstleistungen zu bestehen und Dienstgemeinschaft zu gestalten, brauchen wir ein faires, flexibles und wettbewerbsfähiges Arbeitsrecht, welches den regionalen und branchenspezifischen Bedingungen Rechnung trägt.

Das kirchliche Arbeitsrecht, insbesondere der Dritte Weg, bietet die besten Voraussetzungen für ein, die Dienstgemeinschaft tatsächlich verwirklichendes Arbeitsrecht, da hier Dienstnehmer und Dienstgeber zu gemeinsamen Entscheidungen im Konsens kommen.

Es liegt in der Verantwortung von Kirchen und ihrer Diakonie, das kirchliche Arbeitsrecht zu bewahren und für den Dritten Weg zu werben.

4. Als Mitgliedseinrichtungen der Diakonie Mitteldeutschland tragen wir mit unserem Dienst in Wort und Tat zur Wahrnehmbarkeit der Kirchen in der Welt bei. Ein Rückzug aus Bereichen des Auftrags, Schwachen, Kranken und Hilfebedürftigen zur Seite zu stehen, kann nur dann legitim sein, wenn das diakonische Profil des Dienstes nicht mehr verwirklicht werden kann. Denn nimmt das diakonische Engagement ab, schwindet auch die Wahrnehmbarkeit der Kirchen in der Welt.

Eine Mitgliedschaft im Diakonischen Werk und die kirchliche Zuordnung sind vorübergehend auch solchen diakonischen Einrichtungen zu gewähren, die kirchliches Arbeitsrecht im Wesentlichen anwenden, denen die vollständige Anwendung aber aufgrund von branchenspezifischen- oder regionaler Einschränkungen nicht möglich ist. Das Arbeitsrecht ist so weiter zu entwickeln, dass unter den veränderten Bedingungen Dienstgemeinschaft möglich ist.

5. Um den diakonischen Auftrag der Kirche zu verwirklichen, brauchen wir die Unterstützung unserer Landeskirchen im Gebet, im fortwährenden Austausch, mit gemeinsamen Aktivitäten und durch eine Kirchengesetzgebung, welche die Erfordernisse einer Dienstgemeinschaft auf dem Sozialmarkt berücksichtigt.

Die das Diakonische Werk tragenden Landeskirchen müssen insbesondere die kirchenrechtlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass allen Mitgliedern der Diakonie Mitteldeutschland das diakonische Handeln in der Dienstgemeinschaft unter Wettbewerbsbedingungen auch in Zukunft möglich ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.